

Methodisches und Quellenkritisches zur „Geschichtsschreibung von unten“¹

Heinz Niemann

Ein paar Vorbemerkungen zum eigenen Verständnis: Was ist Geschichte von unten, wie unterscheidet sie sich von Geschichte des Alltags und von Oral History? Was leistet sie, und was kann sie nicht leisten? Wie steht es mit der Qualität der Quellen?

„Geschichte von unten“ ist ein Verlegenheitsbegriff der Historiker, die sich der Mängel einer reinen Geschichtsschreibung von oben, sprich: der großen Mächte, „großen Männer“, der Eliten, Parteien oder Organisationen bewußt sind. Hatte Alexander der Große nicht wenigstens einen Koch bei sich?! So ist „Geschichte von unten“ einmal als der Versuch zu verstehen, den alten Überlieferungen der längst geschriebenen Geschichte eine neue Sicht hinzuzufügen.

Die Einbeziehung der persönlichen Situation, der Motive, Gefühle und normativen Prägungen (die familiäre und milieu- oder klassenbedingte Sozialisation usw.) wurde von der Historiographie über die sogenannten prominenten Personen oder Herrscher der Geschichte vor allem in Form der Biographie versucht. Begabten Biographen gelingt es zu zeigen, wie sich politisch-weltanschauliche Überzeugungen mit widersprüchlichen gesellschaftlichen und persönlichen Interessenlagen verbanden, sich das konfrontative Kräfteverhältnis zwischen den hauptsächlichen Akteuren im strategischen und taktischen Handeln der betreffenden Persönlichkeit widerspiegelte, wie sich situative Veränderungen und der Einfluß des persönlichen Umfeldes auswirkten usw. Wenn sich in der Biographie des einzelnen Menschen allgemeine Entwicklungen widerspiegeln und zugleich die konkrete Persönlichkeit in ihrer Ganzheit, ihren starken und schwachen Seiten und Momenten, Erfolgen und Mißerfolgen, Zweifeln und Überzeugungen plastisch wird, dann ist das zweifellos auch ein Stück „Geschichte des Alltags“, natürlich auf der hohen politischen, der sogenannten „Königsebene“.

Der marxistische Historiker wird sich dabei der Gefahr bewußt sein, nicht auf der personalen Ebene den Fehler des deutschen bürgerlichen Historismus zu wiederholen, der, bekanntlich tendenziell der idiographischen Methode folgend, das einzelne, unwiederholbare Ereignis überbetont, zwar kausale Zusammenhänge benennt, aber es von grundlegenden gesellschaftlichen Prozessen und Bedingungen mehr oder weniger isoliert. Die gegenwärtige Auflösung der deutsch-deutschen Geschichte in Einzelschicksale tendiert in diese Richtung. Insbesondere droht die Personalisierung des Lebens von Opfern der Diktaturen,

1 Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen“ am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

jeden Versuch ihrer Einordnung in größere gesamtgesellschaftliche, nationale wie internationale, Wirkungsbedingungen zu verhindern. Bei allem Nutzen einer „Geschichte von unten“, der Oral History usw. sollte der seriöse Historiker darauf bestehen, daß die Historiographie eine „Gesellschaftswissenschaft“ ist. Marxistische Geschichtswissenschaft verstand sich zwar immer als eine Wissenschaft, die die von der Gesellschaftsformation, d. h. den geschichtlich konkreten Produktions- und Klassenverhältnissen, bestimmten Struktur- und Entwicklungselemente in der Einheit von Ereignissen, Handeln und Denken der Menschen, historischen Persönlichkeiten und Volksmassen analysierte. Aber der Geschichte von unten schenkte sie zu wenig Aufmerksamkeit. Das Handeln der Massen 1989 ist eben nicht kurzschlüssig mit Produktions- und Klassenverhältnissen zu erklären, obwohl es längerfristig durchaus davon determiniert worden war.

So unbestritten die Existenz von zwei Tatsachentypen ist: einerseits Struktur- und Entwicklungselement, andererseits Ereignis oder Tat (bekannter als Titel einer Arbeit von Plechanov: Die Rolle der Volksmassen und der Persönlichkeit), so deutlich muß man sich als Wissenschaftler entscheiden, welchen Typ von Tatsachen man als Ausgangspunkt der Analyse, als Quelle nimmt.² Quellen als gesellschaftliche Tatsachen sind voneinander unabhängige Ausgangsbasen der historischen Analyse. Mit ihr sollen möglichst viele Resultate hervorgebracht werden, die Zusammenhänge aufdecken, um von daher Ereignisse oder Strukturelemente als vollgültige historische Tatsachen zu erkennen und zu werten. Ein Ereignis kann dann als historische Tatsache gelten, wenn es nicht nur in seinen zeitgenössischen Konditionen, sondern auch in seiner Fernwirkung, seinem gesellschaftlichen Zusammenhang betrachtet wird.

Gegen den Mainstream der gegenwärtigen Historiographie, einerseits einem ideologischen Auftrag zu folgen, andererseits an die Tradition des deutschen Historismus und – verführt durch die totale Offenlegung aller Quellen der DDR – des Positivismus (und Empirismus) anzuknüpfen, möchte ich für einen marxistischen Historismus plädieren, der die „große Geschichte“ mit der der Menschen des (einfachen) Volkes verbindet. Nur so wird es möglich sein, von der Verteufelung der DDR weg und zu einer kritischen Wertung zu kommen, die die DDR auch als Antwortversuch auf die Katastrophen der kapitalistischen Epoche, die Kataklysmen der herrschenden Produktionsweise versteht. Damit ist nicht Ignoranz gegenüber der „Geschichte von unten“ das Wort geredet. Ganz im Gegenteil: Der gegenwärtige Streit um die weitere Orientierung der DDR-Geschichtsschreibung geht im Grunde darum, wie die Ostdeutschen mit ihren Biographien in das erwünschte Geschichtsbild hineinpassen oder treffender: passend gemacht werden sollen.

2 Siehe Ernst Engelberg: Über Theorie und Methode in der Geschichtswissenschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1971, H. 11, S.1192-1199.

Oral History

In den siebziger Jahren hatte sich – von den USA ausgehend und begrifflich geprägt – die Oral History etabliert, die die Verbindung der großen Geschichte und ihrer Akteure mit dem Leben und der Subjektivität der „kleinen Leute“ herzustellen versucht.

Jürgen Kuczynski hat das mit erheblichem Erfolg in seiner „Geschichte des Alltags des deutschen Volkes“ getan und gleich die Grenzen oder Lücken demonstriert: Es fehlen auch hier die subjektiven Sichten und Erfahrungen des einzelnen „Alltagsmenschen“, denn „Volk“ (oder Klasse) ist selbst im Alltag schon wieder eine hohe Abstraktionsebene. Genau diese – für Marxisten unverzichtbare – Ebene der Geschichtsschreibung ist neben Regional- und Heimatgeschichte die Geschichte des Volksalltags. Seit den siebziger Jahren entwickelte sich in der DDR-Geschichtsschreibung auch das Fachgebiet Betriebsgeschichte. Die entsprechende Fachkommission stellte z. B. ihr 7. Kolloquium im Jahre 1986 unter das Thema „Geschichte des Alltags und Betriebsgeschichte“,³ ohne allerdings allzu große Resonanz zu finden.

In einem engeren Verständnis als Alltagsgeschichte hat „Geschichte von unten“ in erster Linie die Zeitgeschichte im Blick, also jene jüngere Vergangenheit, von der noch Wirkungen, Prozesse, gespeicherte Überlieferungen (Filme, Dokumentationen, Lebensberichte u. a. Quellen) bis in die Gegenwart hineinragen. Das Spezifikum ist aber die Existenz und Verfügbarkeit lebender Quellen, der Zeitzeugen aus allen Schichten und Funktionsebenen, die der Historiker befragen kann und damit Quellen produziert.

Die Potenzen dieser narrativen Geschichtsschreibung sollen auf Empfehlung der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ besser genutzt und zu einem neuen Schwerpunkt „Alltag in der durchherrschten Gesellschaft“ werden. Da das Bestreben, die DDR zu delegitimieren und auf ein verbrecherisches Unrechtsregime zu reduzieren, nicht nur fortgesetzt, sondern effektiviert werden soll, darf davon ausgegangen werden, daß die Darstellung des Alltags der DDR-Gesellschaft sich gezielt auf Einzelschicksale von Benachteiligten, Opfern usw. stützen wird. Insofern ist „Geschichte von unten“ sowohl eine politisch-weltanschauliche als auch methodische Herausforderung, denn egal mit welcher spezifischen Methodik der jeweilige Historiker sich ihr stellt, er tut es mit einem präformierten Bild der „Geschichte von oben“.⁴

Oral History hat – von den sachlichen Voraussetzungen, d. h. der allgemeinen Kenntnis des historischen und sozialen Umfeldes abgesehen – verschiedene

3 Siehe Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker Gesellschaft der DDR, 1986/I.

4 Siehe hierzu als eine der ersten Arbeiten zum Thema Hans-Hermann Hertle/Stefan Woll: Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat. Damals in der DDR, München 2004. Die Auswahl der Zeitzeugen spricht eine eigene Sprache, welches Geschichtsbild hier bedient werden soll. Der einmalige Bezug auf die Meinungsforschung in der DDR wird nur dazu benutzt, die Unglaubwürdigkeit ihrer Ergebnisse zu behaupten. (siehe S.189f).

Methoden und Quellen: Das Erinnerungsinterview, die aufgeschriebene (oder erzählte) Lebenserinnerung und die Memoirenliteratur, im Ausnahmefall auch zeitnahe Gerichtsakten, Briefe, filmische u. a. Dokumentationen, im Fall der DDR insbesondere die sakrosankten Stasi-Akten.⁵

Einige Überlegungen zur Memoirenliteratur. Memoiren sind der Versuch, die Wahrheit zu erfinden. Die Erfindung von Wahrheit geschieht im Werk eines genialen Schriftstellers oder aber in den Memoiren eines professionellen, meist pensionierten Politikers oder anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens von gestern. Ein zum Kultautor der DDR-Nachwende-Schriftsteller gewordener Autor, Thomas Brussig, schreibt zum Schluß seines Romans „Am kürzeren Ende der Sonnenallee“: „Wer wirklich bewahren will, was geschehen ist, der darf sich nicht den Erinnerungen hingeben. Die menschliche Erinnerung ist ein viel zu wohliger Vorgang, um das Vergangene nur festzuhalten; sie ist das Gegenteil von dem, was sie vorgibt zu sein: Sie vollbringt beharrlich das Wunder, einen Frieden mit der Vergangenheit zu schließen, in dem sich jeder Groll verflüchtigt und der weiche Schleier der Nostalgie über alles legt, was mal scharf und schneidend empfunden wurde. Glückliche Menschen haben ein schlechtes Gedächtnis und reiche Erfahrungen.“

So hübsch dies gesagt ist (Nostalgie wirkt generell wie ein Filter auf die Rückschau des eigenen Lebens), so mißbräuchlich kann es benutzt werden. Die tonangebenden Vertreter der DDR-Forschung beobachten mit größtem Mißvergnügen, daß ihre Erkundungen des Alltags der DDR-Bürger nicht so richtig dem Verdikt des tristen Unrechtsregimes entsprechen, weil es eben damals, zumindest seit Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre, nicht mehr so „scharf und schneidend“ gewesen sein muß. Ostdeutsche Probanden betonen deshalb in ihren Erinnerungen immer stärker Vorzüge der damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse und des Alltags, und dies bis in die achtziger Jahre hinein.⁶ Ostalgie funktioniert wahrscheinlich bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern besonders deshalb, weil es Jahre ehrlicher Aufbruchstimmung gab und

5 Für die alte Bundesrepublik beispielhaft Lutz Niethammer (Hrsg.): „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, Bd. 1, Berlin-Bonn 1983; Ders.: Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schief gegangen ist.“ Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Bd. 2, Berlin-Bonn 1983; Ders./Alexander von Plato: „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Bd. 3, Berlin-Bonn 1985.

6 Immer öfter werden psychologische Argumente bemüht, und positives Erinnern wird auf normales Verdrängen von Negativem, auf Romantisierung der „Jugendzeit“ zurückgeführt. Nostalgie wird erklärt als „Erinnerungen, die mit Sehnsucht aufgeladen sind und eine Verklärung erfahren haben.“ Ostalgie sei somit nur die historisch und regional-spezifische Form von allgemeiner Nostalgie. (Siehe Klaus Christoph: „Ostalgie“ - was ist das eigentlich?, in: Deutschland Archiv, 2006, H. 4, S.681-689, hier S.682.

man sich nicht ganz zu Unrecht auf der Straße der Sieger wähen durfte. Da die Jungen mehr oder minder stark von ihren Erfahrungen aus den krisenhaften Endjahren ausgehen, darf es nicht wundern, wenn ihr Urteil anders und oft negativer ausfällt (obwohl auch hier die Mehrheit darauf beharrt, eine gute Idee sei nur schlecht verwirklicht worden). Wenn schlechte Erfahrungen so oder so „relativiert“ und gute aktiviert werden, dann unter dem Eindruck neuer (schlechterer oder auch besserer) Erfahrungen.

Weil ich der DDR nicht (nur) mit Nachsicht gedenken mag, wie es der Titel eines sehr lesenswerten Buches empfiehlt⁷ (Nachsicht, eine säkulare Form von Barmherzigkeit), scheint mir die Aufarbeitung der Alltagsgeschichte oder der DDR-Geschichte von unten außerordentlich wichtig.

An dem Satz, der Zeitzeuge sei der natürliche Feind des Historikers, ist sehr viel richtiges, aber ebenso gilt dies umgekehrt. So wie der Zeitzeuge für den Historiker ein um das historische Verständnis ringender Moderator sein kann, muß der Historiker dem Zeitzeugen ins Wort fallen, wenn dieser unzulässig zu verallgemeinern beginnt. Wirklich zu verstehen heißt eben auch, Verständnis im Sinne von „verstehendem Erkennen“ zu besitzen. Wenn es in einer Person zusammenfällt, umso besser. Oft trifft gerade das Gegenteil zu.

Ob der Historiker die Chance zu nutzen weiß, im vergangenen Geschehen das zu finden und zu benennen, was als Zeitgeist begriffen wurde, und zugleich durch ihn hindurch und über ihn hinaus ein wenig den Schleier zu lüften, den dieser Zeitgeist über die Ereignisse und ihr Wesen, über die Motive und den Sinn des historischen Handelns der Menschen und den Verlauf der Prozesse legt, hängt von vielen Umständen ab. Der wichtigste Umstand scheint zu sein, den bewußten oder unbewußten Wunsch zu haben, die ge- und erfundene Wahrheit in den Dienst zukünftigen zweckrationalen Handelns zu stellen. Mag Geschichte auch nur sehr bedingt Lehren vermitteln, wie man in der Zukunft handeln sollte, so kann man aus ihr doch gewiß lernen, welche Fehler zu vermeiden wären. Hier liegt die Quelle oder Triebkraft der „Parteilichkeit“ jedes Zeithistorikers, ob er sich dessen bewußt ist oder nicht.

Quellenkritik und das bewußte Eingeständnis von Parteilichkeit sind unverzichtbar. Von beidem hängt wesentlich ab, was der analysierende Wissenschaftler für zukunftsfähiges Handeln hält und wie sich seine „Parteilichkeit“ auf die Sicht der Geschichte auswirkt bzw. wie er die Aussagen des Erzählers zu bewerten hat. Eine Aussage wird ganz allgemein als wahr bezeichnet, wenn sie mit dem objektiven Sachverhalt übereinstimmt. Die historische Wahrheit, und dies unterscheidet sie von allen anderen, kann nicht mehr an einem objektiven Sachverhalt überprüft werden, weil es diesen selbst nicht mehr gibt. Er kann nicht im

7 Siehe Günter Benser: DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000. – Mit dem Autor einig, gedenke ich der DDR mit Dankbarkeit und Schuldgefühlen, mit Zorn, Trauer und in manchem auch mit Scham, die den Stolz auf eine bis heute in der deutschen Geschichte einmalige Leistung mehr oder minder stark beschädigt, aber nicht verbietet.

Laboratorium hergestellt, nicht am Computer simuliert werden. Dem Historiker stehen nur „Zeugen“ in Form von Abbildern des Vergangenen zur Verfügung. Oft sind nur Fragmente vorhanden, die gespeicherte Nachricht über einen Vorfall in der Optik des Berichtenden, tote und – wie glücklicherweise in unserem Fall – lebende Quellen. Je stärker der „Berichterstatter“ bzw. der Gegenstand seines Zeugnisses in noch aktuelle politische und/oder ideologische Kämpfe und Interessengegensätze einbezogen ist, die stets auch Folgen des Vergangenen sind, umso weniger kann und darf man erwarten, in Memoiren einen dem seinerzeitigen objektiven Geschehen weitgehend entsprechenden Bericht zu erhalten. Der überlieferte „objektive Sachverhalt“ wird unvermeidlich bereits subjektiv wiedergespiegelt. Selbst der Dorfchronist, der nichts weiter getan hat, als Geschehnisse zu notieren, war letztlich „parteiisch“, und sei es nur bei der unvermeidlichen Auswahl des zu Notierenden und im Gebrauch des von ihm ausgewählten Wortes. Am schlimmsten sind die halben Wahrheiten, die oft zu den übelsten Lügen werden.

Wer nicht Nostalgie oder bornierte Parteilichkeit will, muß sich stets der „Wahrheiten des anderen“ vergewissern. Dies gebietet das Wissen um den subjektiven Anteil an jeder (relativen) objektiven Wahrheit. Sie wird oft als „Toleranz“ eingefordert und gerade dem Verlierer als vernichtendes Argument entgegengeschleudert, nicht schon wieder einen Monopolanspruch auf Wahrheit zu erheben. Niemand kann – auf dem Berge sitzend – die Geschichte so erzählen, wie sie sich zugetragen hat, und jeder hat „seine eigene“ Geschichte. Aber auch wenn man keinen Monopolanspruch erhebt, so bleibt es bei der einen Wahrheit: Es gibt nicht beliebig viele „richtige“ Antworten auf Fragen an die Geschichte, schon gar nicht auf so komplexe und komplizierte, wie sie die gegenwärtige Gesellschaft stellt. Wie auch nicht von vornherein nur eine einzige und absolute Antwort existiert. Die stellt sich erst mit der „relativen Wahrheit des Faktischen“ und meist erst nach längerer Zeit ein, wenn das historische Geschehen genügend gelöst von aktuellen Klassen- oder Gruppeninteressen erscheint. Oft liegt der Wahrheitsbeweis einer historischen Darstellung erst mit den späteren Folgen des Geschehens vor, mit dem, was aus der Sache im Nachhinein geworden ist. „Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit und nicht von Autoritäten“, hat schon Francis Bacon gewußt.

Damit das historisch unbestrittene Faktum nicht reine Banalität bleibt, wie es Friedrich Engels am Beispiel von Todesdatum und Sterbeort Napoleons illustrierte, tritt die wertende (oder parteiliche) Sicht des einzelnen Subjekts hinzu: Wie sehe ich die Rolle Napoleons in der europäischen Geschichte und seine Folgen? Die Staatsgrenze der DDR wurde am 13. August 1961 durch den Berliner Mauerbau rigoros gesichert. Eine ebenfalls banale, unbestrittene Tatsache, aber wie bewerte ich dieses Faktum in seiner Bedeutung für die europäische und deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte? Pluralistisch-tolerant hilft hier nicht weiter. Wie meinte unser Geheimrat Goethe: „Toleranz kann nur

eine zeitweilige sein. Ist die Wahrheit gefunden, wird sie beleidigend.“ Beleidigend für den einen oder den anderen, muß man (meist noch) hinzufügen. Memoiren sind (so wie Autobiographien) ungefragte gedruckte Oral-History-Quellen, bei denen der Schreiber bestimmt, was er (oder sein Ghostwriter) wie erzählt und was nicht. Immer mit dem Wissen, was es weiterging, vom Ende her. Vieles hat er dabei mit dem Probanden bei einem Erinnerungsinterview gemeinsam.

Befragt ein professioneller Historiker einen Zeitzeugen als lebende Quelle im Rahmen eines Oral-History-Projekts, so tut er das mit seiner selbstgewählten Methodik. Er gibt Themen und Zusammenhänge vor und läßt andere unberücksichtigt. Zugleich bleibt er der durch die persönlichen Interessen des Befragten retouchierten Sicht genauso ausgeliefert wie dessen mehr oder weniger gutem Gedächtnis und dessen Bereitschaft zur ehrlichen Auskunft, die unvermeidlich fragmentarisch ist. Über eine lange Zeit kann sich das menschliche Gedächtnis nur an besondere Ereignisse, Höhe- oder Tiefpunkte erinnern. Deren Schilderung wird in der neuen Situation „neu inszeniert“, auf den Erwartungshorizont des Fragenden (Zuhörers oder Gedenkstätten-Besuchers) zugeschnitten. In dieser Form von Oral History erzählen Akteure, Mitläufer und Opfer die Geschichte so, wie sie ihnen inzwischen „erscheint“. Das geschieht in aller Regel schon mehr oder minder stark beeinflusst vom herrschenden Urteil der Öffentlichkeit über diese Geschichte, von ihrer persönlichen aktuellen Interessenkonstellation und/oder unter Rechtfertigungszwängen sowie im Wissen um manche Folgen. Hinzu kommen möglicherweise Wandlungen des eigenen Wertekanons und damit Bedeutungsverschiebungen. Wie sollte es auch anders sein?!

Liegt zwischen der zur Rede stehenden Zeit noch dazu ein derartiger tiefer Einschnitt, wie es etwa die Ereignisse der Jahre 1918, 1933 oder 1945 waren, bzw., was für uns wichtiger ist, der Epochenbruch von 1989/90, so muß man mit besonderen Verdrängungsleistungen und/oder Um- bzw. Aufwertungen rechnen. Die Jahre seit diesem Epochen-Umbruch waren und sind Hoch-Zeiten von Anklagen und Rechtfertigungen, Treuebekundungen und Umorientierungen, Selbstbezeichnungen und ideologischen Unterwerfungsritualen sowie staatlich verordneten Enquete-Kommissionsurteilen. Solange selbstgerechte Siegerjustiz drohte, mußten selbstbewußte Besinnung und Selbstanalyse die Ausnahme bleiben.⁸ Aber wenn es keine Unterschiede zwischen Wesen und Erscheinung gäbe, bedürfte es keiner Wissenschaft, wäre *bloße Anschauung* hinreichend, nicht auch noch *Analyse*. Der Standort des Analytikers bestimmt den „Fragehorizont“ (Gadamer), und mit jeder Änderung des Standortes (des zeitlichen wie des subjektiv-weltanschaulichen) ändert sich dieser.

Jemand wie Günter Schabowski ist formal auch ein Zeitzeuge wie jeder andere seiner Wirkungsebene. Seinen Gesinnungswandel hat er öffentlich gemacht, und

⁸ Ein Blick in die Literaturverzeichnisse oder entsprechende Zeitschriften, Forschungspläne und thematische Konferenzen macht das ganze Ausmaß der Anstrengungen zur Delegitimierung der DDR deutlich.

jede seiner Auskünfte ist damit eindeutig weltanschaulich präformiert, jeder Auftritt interessengeleitet inszeniert. Dieses Wissen setzt bei einem Interviewer, der ihn befragen möchte, größte quellenkritische Maßstäbe voraus. Bei Egon Krenz, obwohl ohne Gesinnungswandel, ist das auch so. Kein Interviewer könnte sich der Frage verschließen, wen von beiden er persönlich als „Gesinnungslumpen“ betrachtet.

Der Historiker (zumindest der marxistische) geht genetisch/chronologisch vor, weil nur dann der reale historische Verlauf nicht als alternativlos, rein fatalistisch monokausal (oder im Hegelschen Sinne als Verwirklichung einer vorgegebenen Idee) begriffen werden kann. Wie entstand er, wie entwickelte er sich, wie stellt er sich gegenwärtig dar, und welche Entwicklungstendenz ist absehbar? Das so gebildete Urteil des Historikers ist primäre Ausgangsbasis für die Annäherung an den Zeitzeugen und dessen Nutzung als sekundäre Quelle. Nur wenn man sich möglichst genau der Fragen, der Probleme und Wirkungsbedingungen der damaligen Zeit vergewissert, kann man den Akteuren einigermaßen gerecht werden. Wer Geschichte, gerade weil sie nicht nur chaotisch, sondern durchaus auch objektiven Zwängen oder „Gesetzmäßigkeiten“ folgend verläuft, trotzdem als „offen“ versteht und beschreibt, der kann der vom Memoirenschreiber/Erzähler suggerierten Zwangsläufigkeit des Geschehens entgehen. Der *erfolglose Täter* wird stets dazu neigen, seine Entscheidung als die einzig mögliche und sein Scheitern als „zwangsläufig“, als alternativlos darzustellen. Der *Sieger* wird behaupten, daß der Erfolg Ergebnis seiner richtigen „staatsmännischen“ Entscheidung im Gegensatz zu anderen fehlerhaften Optionen ist.

Oral History produziert (und speichert) historische Überlieferungen durch Gespräche über subjektive Erinnerungen. Die Schwierigkeiten und Probleme bei der Nutzung des Erinnerungsinterviews sind denen in vielem ähnlich, die bei der Auswertung von Memoiren zu beachten sind.

Meinungsforschung als Quelle für Geschichte von unten

Welche Rolle spielt bzw. könnte die Meinungsforschung als Quelle in der Geschichte von unten spielen? Was hat sie mit der Oral History gemeinsam, und was unterscheidet sie davon?

Ganz offensichtlich bestehen Ähnlichkeiten, beide arbeiten mit Formen des Interviews, beide produzieren eine Quelle.⁹

In der Meinungsforschung geht es gewöhnlich um gesellschaftlich relevante Daten, von denen auf allgemeinere Befunde für eine ganze Schicht, Klasse oder große Bevölkerungsgruppen bis hin zur Nation geschlossen werden kann. Die Zahl der Probanden muß hinreichend repräsentativ ausgewählt, die Fragen-

9 Hier ist nicht die Interview-Form der Sozialforschung gemeint, bei der es um die speziellen personengebundenen Erfahrungen oder subjektiven Auffassungen einzelner bzw. kleiner Gruppen mit Dutzenden oder im Höchstfall ein- bis zweihundert Probanden geht.

struktur komplex und standardisiert sein, um die Ergebnisse vergleichen und nach wissenschaftlichen Kriterien auf ihren Wahrheitsgehalt bewerten zu können. Natürlich bringt allein eine Befragung einer repräsentativen Gruppe nicht notwendig die historische Wahrheit ans Licht, sondern reproduziert „Meinungen“, die quantifizierbar sind.

Bei einer Meinung handelt es sich um subjektive Aussagen über eine momentane (also gegenwärtige) Perzeption (oder auch Nichtwahrnehmung) von Gegenstandsbereichen, Sachverhalten, Personen usw., die keinen unmittelbaren persönlichen Bezug zum Interviewten haben müssen. Der Proband äußert Einstellungen und Meinungen, in denen sich in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen kognitive, evaluative (normative) und affektive Komponenten sowie subjektiv verarbeitete Erfahrungsbereiche und persönliche Existenzbedingungen widerspiegeln. Sie können, müssen aber nicht eine zutreffende subjektive Widerspiegelung tatsächlich gegebener objektiver Tatbestände sein. Ihr Wert besteht nicht zuletzt darin, daß eine Meinungsumfrage zeitgerecht (und zeitgebunden) ist, die Antworten nicht durch den weiteren Verlauf beeinflußt und persönlich überprüfbar sind. (Für die Meinungsforscher sind sie es durch mögliche Wiederholungen und feststehende Panels). Die Meinungsumfrage ist anonym und unpersönlich, der Fragebogen steht dazwischen; das Interview schafft dagegen eine Situation von „sozialer Interaktion“, ist psychologisch beeinflußt. Der von einem westdeutschen Interviewer über seine Opferrolle in der DDR befragte „Ossi“ ist in einer psychologisch aufgeladenen Situation, die ihn je nach seinem eigenen Selbstverständnis entweder in die Opferrolle schlüpfen oder sich einigeln läßt, den nostalgischen Filter noch enger macht usw. Die Antwort ist in jedem Fall „inszeniert“.

Weil die Meinungsforschung in der DDR zwischen 1964 und 1978, methodisch korrekt und repräsentativ, in Umfragen mehrheitlich keine Allerweltsfragen gestellt hat, erbrachten die Berichte auf der Grundlage von jeweils 3.000 bis 4.000 Befragten valide (harte) Daten. Sie malen ein reales Bild vom Denken, Verhalten und Alltagsleben des Staatsvolkes der DDR unter den konkret-historischen Bedingungen der frühsozialistischen Gesellschaft mit ihren Vorzügen und Mängeln, ihren Freiheiten und Zwängen. Sie stellen eine Quelle von hoher Aussagekraft dar, und ihre damalige höchste Geheimhaltung spricht für ihren Wahrheitsgehalt. Der Alltag in Beruf, Familie, Arbeitskollegenkreis, Freizeit und Kulturleben oder auch alltägliches Verhalten im öffentlichen politischen Leben besitzen naturgemäß einen hohen Anteil routinierter und manchmal sogar unbewußter Verhaltensweisen, Gewohnheiten, Wahrnehmungen und Handlungen. Die selbstverständliche Normalität des Alltags, man könnte auch sagen: die normale alltägliche Sozialisation, wird solange nicht bewußt realisiert, kommuniziert, gewertet oder gar quellenmäßig (schriftlich) überliefert, solange die alltägliche Praxis andauert. Erst ihr Wegbrechen, das kann sogar nur der Eintritt in das Rentenalter sein, führt zu Verlustwahrnehmungen, bringt eine distanzierte Fremdwahrnehmung des eigenen Selbst hervor. Ein Beispiel: Ein Fernsehbericht von 1991 zeigte einen über schlechte Arbeitsbedingungen und rückständige

Technologie in der DDR schimpfenden Arbeiter. Ein Jahr später kehrt er als Arbeitsloser in seinen stillgelegten desolaten ehemals volkseigenen Betrieb zurück und bricht beim Anblick seiner seit dreißig Jahren schrottreifen Maschine in Tränen aus.

Das Beispiel macht jedes Bild differenzierter und plastischer und erschwert jede Schwarz-Weiß-Malerei. Oral History greift in den Prozeß der Bildung eines Gesamtgeschichtsbildes ein, indem sie sich bemüht, die Praxis und das Denken der Masse des Volkes an möglichst vielen Einzelfällen einzubringen.

Was aber die objektiv sehr begrenzte Zahl an Einzelinterviews nicht kann, ist die Gewinnung eines historisch relevanten Gesamturteils über grundlegende gesellschaftliche Fragen. Hier können die Ergebnisse solider Meinungsforschung (wie auch die historische Sozialforschung) für die Geschichtswissenschaft validierte Daten bereitstellen, die die „Geschichtsschreibung von oben“ nicht hat, oft auch nicht gern haben möchte.

Ein Eckpfeiler der herrschenden DDR-Geschichtsschreibung ist eine These von paradigmatischem Rang: „Das SED-Regime konnte sich zu keinem Zeitpunkt auf eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung stützen.“ Anders gesagt: Die „Zweite deutsche Diktatur“ sei im Unterschied zur Hitlerdiktatur stets eine notwendig terroristische Minderheitendiktatur gewesen, und deshalb sei die Staatssicherheit für die DDR wesentlicher als der Kindergarten gewesen.

Dieses Urteil über die SED-Herrschaft wird mit schlagkräftigen Argumenten gestützt: Sie habe von Anfang an auf den Bajonetten der Sowjetarmee basiert. Die Massenflucht von fast drei Millionen Bürgern bis 1961 sei eine Abstimmung mit den Füßen gewesen, weswegen die DDR nur eingemauert existieren konnte. Die SED habe nie freie Wahlen zugelassen.

Die Wende und die ersten freien Wahlen hätten das bewiesen. Die Berichte (Erinnerungsberichte, Befragungen, Memoiren) der Opfer und die Publikationen der Opferverbände sowie die Ergebnisse der historiographischen Forschung seit 1990 insgesamt bewiesen das außerdem.

Dagegen lassen sich manche allgemeine Gegenargumente auf der Ebene der Logik, der konkret-historischen Bedingungen im geteilten Deutschland und in der Welt sowie der persönlichen Erinnerung und Weltanschauung anführen.

Ob, und wenn ja, ab wann, und wie lange sich die SED auf eine Mehrheit hätte stützen können, bleibt eine Glaubensfrage, solange nicht harte Fakten vorliegen.

Im folgenden soll an Hand der aufgefundenen Berichte des DDR-Instituts für Meinungsforschung der Frage nach der gesellschaftlichen, auf Zustimmung beruhenden Legitimierung der SED-Herrschaft nachgegangen werden.¹⁰

Im Mai/Juni 1965 gab es eine „Umfrage zu einigen Problemen der nationalen Politik in beiden deutschen Staaten“. Auf die Frage „Welche der beiden in Deutschland existierenden Regierungen hat Ihrer Meinung nach das Recht, im

10 Alle Angaben nach: Heinz Niemann: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993.

Namen des gesamten deutschen Volkes zu sprechen?“ antworteten die Befragten aus allen Schichten und Altersgruppen der Bevölkerung: 55,5 Prozent die Regierung der DDR, 18,1 Prozent beide Regierungen, 20,2 Prozent keine der beiden Regierungen und 3,4 Prozent die Regierung der Bundesrepublik. Die Frage „Halten Sie die von der Regierung der Bundesrepublik vertretene Ansicht für richtig, daß die DDR kein souveräner Staat sei?“ verneinten trotz der bekannten Einschränkungen 80,6 Prozent der Befragten. Die von der DDR seinerzeit verfolgte Deutschlandpolitik befürworteten 83,4 Prozent als gute Verhandlungsgrundlage. Die Frage, welcher Gesellschaftsordnung in Deutschland die Zukunft gehöre, beantworteten 78,0 Prozent mit: der Gesellschaftsordnung der DDR. (1973 waren es noch 72 Prozent, 1976 wieder 76,1 Prozent.)

Im Juli/August 1966 wurde die Frage: „Sind Sie der Meinung, daß die Errungenschaften der DDR mit allen Mitteln, selbst mit Waffengewalt verteidigt werden müssen, wenn sie bedroht werden?“ von 75,5 Prozent mit „ja“ und von 16,8 Prozent mit „nein“ beantwortet. 1968 war dieser Wert auf 62 Prozent und ein Jahr später auf 60 Prozent gefallen, die Nein-Stimmen blieben aber unter 10 Prozent. Zeitgleich hielten es über 87 Prozent des gleichen Panels für notwendig, im Interesse der Erhaltung des Friedens in Europa die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch weitere Staaten zu erreichen.

1975 erreichte die Frage nach der Verteidigungswürdigkeit der DDR im Bevölkerungsdurchschnitt eine Zustimmung von 83 Prozent, bei der Betriebsumfrage (Arbeiter) waren es allerdings nur 73 Prozent.

Bei vielfältigen Einschränkungen in einzelnen Bereichen wurde in allen Umfragen festgestellt, daß eine deutliche Mehrheit die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR gegenüber denen der BRD bevorzugte. Selbst wenn der kritische Betrachter bei allen diesen Werten eine fünfprozentige Gefälligkeitszustimmung berücksichtigt und abzieht (die von Elisabeth Noelle-Neumann begründete sogenannte „Schweigespирale“ angesichts der oft unter 50 Prozent liegenden Rücklaufquote), bleibt es bei der Feststellung, die ich 1993 im 1. Abschnitt des Buches über die Meinungsforschung in der DDR unter der Überschrift „Legitimation hinter Mauern?“ formulierte: „Die im Anhang dokumentierten 15 Umfrageberichte zeigen [...], daß zumindest zwischen 1965 und 1976 die DDR und die SED von einer deutlichen Mehrheit ‚angenommen‘ worden ist und sich die SED in ihrer Politik auf wichtigen Feldern auf eine mehrheitliche Zustimmung und Unterstützung berufen konnte, womit mithin auch hier der Leitsatz der Hume’schen Staatstheorie gelten sollte: All governments rest on opinion!“¹¹

11 Ebenda, S.31. Diese Aussage wird auch durch die Umfrageberichte zur politischen und Alltagskultur gestützt, die kommentiert und dokumentiert sind in: Heinz Niemann: Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an das Politbüro der SED, Berlin 1995. Siehe auch: Gunnar Winkler: 1989/90 – Aufbruch in eine erwünschte Zukunft – zwischen Hoffnungen und Befürchtungen, in: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Berlin 2004, S.293-319.

Das von der herrschenden Geschichtsschreibung nur widerwillig konstatierte Kuriosum, daß sich bei den Ostdeutschen nach dem Ende der DDR eine stärkere DDR-Identität als zu Zeiten ihrer Existenz manifestierte, fände eine ziemlich einfache Erklärung, wenn man den Alltag der DDR komplex und ohne ideologische Bretter vor dem Kopf als historisches Faktum wahrnehmen würde.

**JÖRN SACK:
ENTSTAATLICHUNG.**

**WAS WIR WOLLTEN,
ENTZIEHT SICH UNSERER KONTROLLE.**

ISBN 978-3-929390-93-3
TEXTE ZUR SACHE IM SPECTRUM



DAS UMSTRITTENE THEMA „GLOBALISIERUNG“ HAT JÖRN SACK IN SEINEM BUCH „ENTSTAATLICHUNG“ ANALYTISCH AUFGEGRIF- FEN. DIE TEXTE ZEIGEN DEN UNAUFHÖRLICHEN RÜCKZUG DES STAATES AUS SEINER GESAMTGESELLSCHAFTLICHEN VERANT- WORTUNG, DURCH DIE DIE CHANCE DER DEMOKRATIE VERSPIELT WIRD. DIESES BUCH IST EIN ERGEBNIS SEINER JAHRZEHNTELAN- GEN TÄTIGKEIT IN EU-GREMIEN, DIE AM ENDE ZU EINER ENT- FREMDUNG VON SEINEM URSPRÜNGLICHEN ENGAGEMENT FÜHRTE.

Neue Sachbücher in der Edition Bodoni
Linienstraße 71 in 10119 Berlin · 030-2825137
info@bodoni.org